

7. Fazit und Ausblick

»Was eine lebenswerte Welt ausmacht, ist keine nutzlose Frage.« (Butler 2009a: 35)

Am Ausgangspunkt der Studie stand die Frage, weshalb aus einer prekären gesellschaftlichen Lage nicht automatisch ein politisches Subjekt folgt: Warum werden ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse oftmals ertragen und hingenommen? Wieso begehren ›die Unterdrückten‹ nur selten gegen die gesellschaftliche Ordnung auf? Weshalb ist ein prekäres Subjekt nicht immer schon ein politisches? Ausgehend von diesen Fragen war das Anliegen der Arbeit, prekärer politischer Subjektivierung theoretisch und empirisch nachzugehen. Ihr Ziel bestand darin, die Ausgestaltung der ›Kämpfe ums Möglichwerden‹ in *Prozessen prekärer Subjektivierung* zu untersuchen und auf den hierfür zu zahlenden Preis sowie die *Grenze der Möglichkeit von Kritik* hin zu befragen. Ausgegangen wurde dabei von der These, dass mit einer Betrachtung prekärer Subjektivierung zu einem besseren Verständnis davon beigetragen werden kann, weshalb eine solche nicht immer in eine politische Subjektivierung mündet. Im Anschluss daran wurde mithilfe einer Verschränkung von systematischen und empirischen Zugängen untersucht, wie prekäre Subjektivierung in gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen geschieht und was damit verbunden die (Un-)Möglichkeitsbedingungen gegenwärtiger (politischer) Subjektivierung im Kontext ›prekärer Mutterschaft‹ sind.

Im abschließenden Kapitel werden nun zunächst die theoretischen und empirischen Ergebnisse der Arbeit hinsichtlich der von diesem Forschungsinteresse abgeleiteten *drei Forschungsfragen* resümiert: Wie lässt sich prekäre Subjekt-Bildung in eine ungerechte gesellschaftliche Ordnung verstehen? Welche verschiedenen Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen finden sich in Prozessen prekärer Subjektivierung im Kontext von Erwerbslosigkeit und Mutterschaft? Und was sind die gegenwärtigen (Un-)Möglichkeitsbedingungen von (politischer) Subjektivierung im Kontext ›prekärer Mutterschaft‹? Vor dem Hintergrund der in der Arbeit vorgenommenen Perspektivverschiebung auf die Frage, weshalb ein prekäres Subjekt nicht immer schon ein politisches ist – von der Problematik des ›falschen Bewusstseins‹ hin zu einer Inblicknahme von Prozessen prekärer

politischer Subjektivierung –, werden daran anschließend die gegenwärtigen (Un-)Möglichkeitsbedingungen (der Aneignung) eines ›Klassenbewusstseins‹ weiterführend zum Thema gemacht.

Schließlich werden die bisherigen Ausarbeitungen noch einmal hinsichtlich der Frage gerahmt, was die sozial- und erziehungswissenschaftliche Subjektivierungsforschung zur Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft beitragen kann. Dafür werden die Erkenntnisse der Arbeit anhand von drei Perspektivierungen rekapituliert, pointiert und weitergedacht. Erstens wird argumentiert, weshalb gerade eine *poststrukturalistische* Blickweise zum Verständnis und zur Kritik der gegenwärtigen Lage notwendig ist. Zum zweiten wird aufgezeigt, dass eine poststrukturalistische Subjektivierungstheorie und -forschung genuin als *politisch* zu verstehen ist. Schließlich wird sich drittens mit den (Un-)Möglichkeiten und Anforderungen poststrukturalistischer *Kritik* auseinandergesetzt.

Wie lässt sich prekäre Subjektivierung in eine ungerechte gesellschaftliche Ordnung verstehen?

In der Studie wurde dargelegt, inwieweit Subjektwerdung immer mit der Positionierung in Macht- und Herrschaftsverhältnisse einhergeht, wobei manche Subjektpositionen prekärer verortet sind als andere – an manchen Subjektpositionen ist das Leben ungewisser als an anderen. In Auseinandersetzung mit Judith Butlers Subjektivierungstheorie wurde dabei herausgearbeitet, dass sich das Subjekt erst in performativen Prozessen des Eintritts in eine gesellschaftliche Ordnung bildet, also Handlungsfähigkeit erreicht, jedoch in eben diesen Prozessen konstitutiv als spezifisch positioniertes Subjekt (re-)produziert wird. Um prekäre Subjekt-Bildung in eine ungerechte gesellschaftliche Ordnung zu verstehen, sind dabei zwei Aspekte besonders wichtig. Erstens gilt es, diejenigen Mechanismen und Prozesse zu betrachten, die festlegen, wo die Grenze des Intelligiblen verläuft. Zweitens ist zu analysieren, welche (gesellschaftliche) Position Subjekte in Bezug auf diese Grenze zugewiesen bekommen.

Für eine solche Perspektive auf prekäre Subjektivierung erwies sich eine nähere Beschäftigung mit der Bedeutung der Verwerfung in Prozessen der Subjekt-Bildung als weiterführend. Dabei wurde zunächst sichtbar, dass Prozesse der Subjektivierung stets auch im Hinblick auf die Frage betrachtet werden müssen, wie und warum nicht alle zum Subjekt werden, da die Verwerfung konstitutiv für die (Un-)Möglichkeit zum Subjekt zu werden ist. Argumentiert wurde, dass angesichts des performativen Charakters von Subjektivierungsprozessen Verwerfung nicht als sekundäre Einschränkung, sondern als produktive Macht zu betrachten ist (Kap. 3.1.1). Im Anschluss an die Betrachtung von Differenzierungen und Ambivalenzen hinsichtlich der Reichweite des Konzepts (Kap. 3.1.2) wurde weiter herausgearbeitet, dass Verwerfung nicht als Zustand, sondern als diskursiver Prozess verstanden

werden muss. Die Bildung des Subjekts durch Verwerfung erfolgt nicht einmalig, sondern als sich wiederholender Prozess. In der Subjektwerdung ist Verwerfung deswegen, als Relationierung von Intelligiblem und Unintelligiblem, konstitutiv und stetig präsent. Die Bedrohung, verworfen zu werden, also auf einen Platz ›außerhalb des Sagbaren‹ verwiesen zu sein, wirkt in Prozessen der Subjekt-Bildung produktiv, indem sie dazu auffordert, den Preis für diese auch zu zahlen (Kap. 3.1.3).

Argumentiert wurde dann, dass es für die Betrachtung von *prekären* Subjektivierungsprozessen zudem von entscheidender Bedeutung ist, nicht nur die Grenzen, sondern auch die Hierarchien innerhalb des sozialen Raums systematisch zu berücksichtigen. Herausgearbeitet werden konnte, dass die Gefahr, nicht zum Subjekt zu werden und der Preis dafür, es doch zu werden, in Bezug auf verschiedene Existenzweisen unterschiedlich hoch ist: Unterschiedliche Existenzweisen resultieren in unterschiedlich prekären Subjektpositionen. Im Anschluss an Isabell Loreys Weiterentwicklung des Butler'schen Prekaritätskonzepts wurde aufgezeigt, dass das geteilte und unhintergehbare Prekärsein bereits immer in Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingelassen, geordnet und hierarchisiert ist. Die Frage der existentiellen Abhängigkeit kann niemals unabhängig davon betrachtet werden, welche ›Ordnung des Prekären‹ existiert und wie darin differenzierte Existenzweisen als unterschiedlich schützenswert kategorisiert werden (Kap. 3.2.3). Prekärsein ist nicht von seiner politischen Organisation und Subjektsein nicht von seiner Positionierung näher oder ferner der ›Grenze des Sozialen‹ zu trennen. Wir sind alle prekär, aber die ›Ordnung des Prekären‹ betrifft nicht alle gleich – wir müssen alle zu Subjekten werden, aber werden es nicht in gleicher Weise (Kap. 3.2.4).

Anschließend an diese Betrachtung der Konzepte von Verwerfung und Prekarität lassen sich Prozesse prekärer Subjektivierung dann als solche konzeptualisieren, bei denen die Gefahr der Verwerfung dauerhaft präsent ist. Es sind Prozesse, in denen permanent Anstrengungen unternommen werden müssen, die eigene Intelligibilität zumindest partiell zu sichern. Argumentiert wurde, dass über die Verwerfungen innerhalb von Subjektivierungsprozessen immer auch gesellschaftliche Positionierungen verhandelt werden. Prekäre Subjekt-Bildungen in eine ungerechte gesellschaftliche Ordnung sind als Prozesse zu begreifen, in denen Subjekte durch die Drohung der Verwerfung immer wieder auf gefährliche Plätze an der Grenze des Intelligiblen verwiesen werden. Die Frage, welche Weisen des Seins (immer wieder) verworfen werden, ist dabei als eine genuin politische zu verstehen. Wie Hervorbringungen des ›Verworfenen‹ erfolgen, ist abhängig von und Ausdruck der aktuellen Realisierung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse (Kap. 3.3.2). Es ist dementsprechend Aufgabe einer sich kritisch verstehenden Wissenschaft, in den Blick zu nehmen, welche Ordnungen des Seins gegenwärtig existieren und Wirkmächtigkeit erlangen, aber auch zu überlegen, welche anderen Weisen des Seins möglich wären (Kap. 3.3.3).

Welche verschiedenen Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen finden sich in Prozessen prekärer Subjektivierung im Kontext von Erwerbslosigkeit und Mutterschaft?

Prozesse prekärer Subjektivierung kennzeichnet, dass in ihnen die Gefahr der Verwerfung dauerhaft präsent ist: Es sind Prozesse, in denen Subjekte an einem ungewissen Platz »an der Grenze« verortet werden. Für ihr Verständnis ist es deswegen notwendig zu betrachten, wie sich die Sicherung von Intelligibilität und damit einhergehenden Grenzziehungen tatsächlich realisiert – und welche Handlungsmöglichkeiten im Vollzug dieser Bemühungen (nicht) bestehen. Es gilt (empirisch) zu analysieren, welche verschiedenen Umgangsweisen sich mit gefährlichen Adressierungen beobachten lassen und nach den Bedingungen zu fragen, die bestimmte Umgangsweisen ver(un)möglichen. In dieser Arbeit wurde deswegen der (Art der) Wirksamkeit und den verschiedenen Weisen des Umgangs mit gefährlichen Adressierungen nachgegangen. Gefährliche Adressierungen sind dabei als solche zu verstehen, die das Subjekt auf prekäre Weise positionieren. Im Hinblick auf die Ausgestaltung der »Kämpfe ums Möglichwerden« wurde eine Systematisierung und Relationierung verschiedener Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen im Kontext »prekärer Mutterschaft« herausgearbeitet sowie eine Skizzierung des Raums unterschiedlicher Umwendungen vorgenommen.

Ausgangspunkt für dieses Vorhaben war die theoretische Betrachtung der Interpellationsszene bei Louis Althusser und Judith Butler. In dieser Perspektive wird Subjektivierung als ein Prozess der Anrufung und Umwendung verstanden. Dargelegt wurde, dass der Einsatzpunkt des Anrufungskonzepts bei Althusser ursprünglich die Betrachtung der Wirkmächtigkeit gesellschaftlicher Ordnung sowie daran anschließend die Inblicknahme von deren »Niederschlag im Subjekt« war. Als zentraler Verdienst Butlers muss gelten, darauf hingewiesen zu haben, dass Anrufung als ein performativer Prozess verstanden werden muss. Die Kontingenz sozialer Ordnungen muss berücksichtigt werden – ohne jedoch hinter die Einsicht der Persistenz und Wirkmächtigkeit eben dieser zurückzufallen. Es wurde dann argumentiert, dass bis jetzt nicht systematisch ausbuchstabiert worden ist, wie die Relation von Umwendung und Anrufung in Prozessen der Subjekt-Bildung genauer zu verstehen ist (Kap. 2.1).

Im methodologischen Teil der Arbeit ließ sich daran anschließend zeigen, weswegen sich die Interpellationsszene – über ihre Rolle als »Urszene« der Subjektivierungsforschung hinaus – als heuristisches Modell zur empirischen Analyse eignet. Es wurde dargelegt, wie mit ihrer Hilfe in den Interviews verschiedene Umgangsweisen und damit Relationen von Unterwerfung und Ermöglichung in Prozessen prekärer Subjektivierung genauer untersucht werden können (Kap. 4.2.1). Aufgezeigt wurde auch, inwieweit die Interviewsituation als Anrufungssituation und damit als methodologischer Einsatzpunkt der empirischen Untersuchung verstanden

werden kann. Es wurde dargestellt, dass die Interviewaussagen dazu dienen können, »in actu« der (Art der) Wirksamkeit von Anreden im Subjektivierungsprozess sowie damit einhergehenden Fragen im Hinblick auf Umgangsweisen mit Adressierungen sowie (Un-)Möglichkeiten von Widerstand nachzugehen (Kap. 4.3.2).

Zudem wurde die Relation von Verletzung und subversivem Potenzial in Bezug auf (gesellschaftlich-kategoriale) Bezeichnungen und Ansprachen analysiert. Anliegen war es, die Gleichzeitigkeit von Gewalt und subversivem Potenzial in Anbetracht von gefährlichen Adressierungen herauszustellen. Das Potenzial der Aneignung von gefährlichen Adressierungen geht stets mit der existenziellen Gefahr der Wiederholung der in ihnen enthaltenen Verletzung einher. Die Vernachlässigung dieser Gleichzeitigkeit birgt die Gefahr, die Gewalt und Wirksamkeit gefährlicher Adressierungen zu unterschätzen und damit auch die Persistenz gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht hinreichend zu berücksichtigen. Weder gelingen Aneignungen immer, noch können sie als die einzige Form von kritischem Umgang mit gefährlichen Adressierungen betrachtet werden. Es ist deswegen notwendig, die Kontexte des Gelingens von Resignifizierungen im Speziellen und widerständigen Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen im Allgemeinen systematisch zu berücksichtigen und empirisch anzugehen (Kap. 2.3).

Dies geschah in dieser Arbeit anhand des Durchgangs durch zehn exemplarische Interviewszenen, über die eine Systematisierung und Relationierung verschiedener Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen vorgenommen wurde. Ausgehend davon war es möglich, die Ausgestaltung der »Kämpfe ums Möglichenwerden« beziehungsweise Sicherungsprozesse im Kontext »prekärer Mutterschaft« zu betrachten (Kap. 5). Ein zentrales Ergebnis der empirischen Analysen stellt die entwickelte Systematik der verschiedenen Umgangsweisen angesichts gefährlicher Adressierungen dar. Diese Systematik verdeutlicht, dass sich der Raum unterschiedlicher Umwendungen anhand zweier Dimensionen aufspannen lässt. Die unterschiedlichen Sicherungsprozesse im Kontext prekärer Subjektbildung ließen sich einerseits in Bezug auf die Frage differenzieren, ob in ihnen (gefährliche) Adressierungen eher abgewehrt oder eher angenommen werden. Andererseits konnten sie dahingehend unterschieden werden, ob die in den Adressierungen (re-)produzierte machtvolle Ordnung eher unterstützt oder eher infrage gestellt wird. Es wurden dementsprechend vier Schemata von Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen herausgearbeitet, die jeweils anhand beider Dimensionen im Raum unterschiedlicher Umwendungen verortet sind: Verwehrung und Rechtfertigung (Kap. 5.1), Skandalisierung und Delegitimierung (Kap. 5.2), Umdeutung und Relativierung (Kap. 5.3), Identifizierung und Bekenntnis (Kap. 5.4).

Was sind die gegenwärtigen (Un-)Möglichkeitsbedingungen von (politischer) Subjektivierung im Kontext ›prekärer Mutterschaft‹?

Ausgehend von dieser Systematisierung der verschiedenen Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen konnten die aktuellen (Un-)Möglichkeitsbedingungen von (politischer) Subjektivierung im Kontext von Erwerbslosigkeit und Mutterschaft betrachtet werden. Damit wurde die Frage prekärer (politischer) Subjektivierung auch *gegenwartsanalytisch* perspektiviert. Prozesse prekärer Subjektivierung lassen sich als ›Kämpfe ums Möglichwerden‹ verstehen, die in ihrer Konsequenz mit Positionierungen im sozialen Raum einhergehen. Empirisch lassen sie sich als Sicherungsprozesse untersuchen, wobei in ihrer Betrachtung sichtbar wird, welche Ausschlüsse und welche soziale Ungleichheit gegenwärtig als (il-)legitim gelten und was die aktuellen Bedingungen der (Un-)Möglichkeit von Kritik sind.

Es wurde verdeutlicht, dass die Beschäftigung mit Prozessen prekärer Subjektivierungen es möglich und in gewisser Weise auch notwendig macht, Subjektivierungsanalyse als Gesellschafts- und Herrschaftsanalyse zu begreifen: Darüber, wer (nicht) in prekärer Weise zum Subjekt wird, wird sichtbar, welche gegenwärtigen Ordnungen des Seins existieren und welche Realisierungen der (brüchigen) gesellschaftlichen Ordnung bestimmen, was denkbar, sagbar und möglich ist (Kap. 3.3.3). In der Auseinandersetzung mit dem Althusser'schen Interpellationskonzept zeigte sich, dass die Anrufungsszene missverstanden wird, insofern sie lediglich als Beschreibung eines interaktiven Geschehens betrachtet und/oder empirisch untersucht wird. Die (Re-)Produktion von Subjekten ist in zentraler Weise als Ausdruck und Effekt der (Re-)Produktion gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen und zu analysieren (Kap. 2.1.1).

Damit einher geht auch, so wurde anhand der Betrachtung des Verhältnisses von Kontingenz und Ordnung aufgezeigt, dass über der Betonung der Gebrochenheit und Widersprüchlichkeit des (performativen) Subjekt-Bildungsprozesses nicht die regulative Wirkung gesellschaftlich verfestigter Macht- und Differenzordnungen aus dem Blick geraten darf. Subjektivierungsforschung greift zu kurz, wenn sie die (Re-)Produktion des Diskurses rein situativ-interaktionistisch konzipiert. Sie muss vielmehr die performative Hervorbringung von Wirklichkeit *sowie* die ›Erbschaften des Gebrauchs‹ und die Trägheit gesellschaftlicher Ordnung analytisch berücksichtigen. Das Anliegen der gegenwartsanalytischen Frageperspektive wurde so dahingehend konkretisiert, dass es – jenseits der Wiederholung der Entgegensetzung von Freiheit und Unterwerfung – darum geht, den *Möglichkeitsraum* des Widerstands in den Blick zu nehmen und nach den gegenwärtigen Ordnungen des Seins zu fragen (Kap. 4.2.3).

Im Kontext von Erwerbslosigkeit und Mutterschaft wurden sodann die gegenwärtige ›Ordnung des Prekären‹ und aktuelle (Selbst-)Regierungstechniken be-

trachtet. Es zeigte sich, dass die Orientierung an den Prinzipien von Aktivierung und Disziplinierung als zentrale Bedingung gegenwärtiger prekärer Subjektivierung gelten muss. Um die eigene Subjektposition zu sichern, ist es für die befragten Mütter von entscheidender Bedeutung, sich als aktiviert, verantwortlich und diszipliniert zu (re-)produzieren (Kap. 6.1). Diese Sicherungsbemühungen finden oftmals als Normalisierung anhand einer Hervorbringung der ›gefährlichen Anderen‹ statt. Gerade über die Abgrenzung von ›den Anderen‹ wird es möglich, die eigene Anerkennung der Norm zu betonen. Gezeigt wurde diesbezüglich auch, dass die konkrete Charakterisierung ›der Anderen‹ hierbei je nach Kontext in unterschiedlicher Weise spezifisch gefüllt werden kann und sich damit immer wieder ihrer kritischen Hinterfragung entzieht (Kap. 6.2).

In Bezug auf die (Un-)Möglichkeiten prekärer politischer Subjektivierung im Kontext von Mutterschaft und Erwerbslosigkeit ließ sich zeigen, dass ganz unterschiedliche Formen der (widerständigen) Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen und somit unterschiedliche (kritische) Bezugnahmen auf die Bedingungen des eigenen Seins existieren. Dabei beinhalten diese Bezugnahmen eine Spannweite von Protest gegen die Zuordnung, über Infragestellung der zugrundeliegenden Annahmen, Ironisierung der Anforderungen bis hin zum Eingeständnis der eigenen Lage. Auch Kritik zeigt sich auf ganz verschiedene Weise: als Resignifizierungsversuch, Widerspruch und/oder Bezugnahme auf eine geteilte Verletzlichkeit (Kap. 5). Sichtbar wurde zudem, dass anhand der Thematisierung ›gemeinsamer Betroffenheit‹ kollektive Subjektpositionen in Bezug auf ein ›wir Frauen‹ und hinsichtlich der Problematisierung von Rassismus zwar partiell gelingen, zugleich jedoch abhängig von spezifischen Voraussetzungen, wie beispielsweise der Vergemeinschaftung mit dem Interviewer_in, sind (Kap. 6.3). Schließlich wurde deutlich, wie schwierig es in Anbetracht der gegenwärtigen neoliberalen Regierungsrationalität ist, in politischer Weise auf Klasse Bezug zu nehmen (Kap. 6.4). An diesen Aspekt wird nun – ausgehend vom Einsatzpunkt der Studie, aus einer poststrukturalistischen Perspektive erneut danach zu fragen, weshalb ein prekäres Subjekt nicht immer schon ein politisches ist – weitergehend angeschlossen.

Gegenwärtige (Un-)Möglichkeitsbedingungen (der Aneignung) eines politischen ›Klassenbewusstseins‹

In den vorangegangenen Kapiteln hat sich gezeigt, wie schwierig eine politische Subjektivierung als ›Klassensubjekt‹ in Anbetracht der gegenwärtigen neoliberalen Regierungsrationalität im Kontext ›prekärer Mutterschaft‹ ist. Klasse als Bezugspunkt einer ›gemeinsamen Betroffenheit‹ zu konstituieren und/oder zum Ausgangspunkt einer Kritik der gegenwärtigen Ordnung zu machen, liegt für die Interviewten außerhalb des Bereichs des Möglichen. Es ist stattdessen die Abgren-

zung von ›unteren Klassenlagen‹ und die Verwehrung gegen die gefährliche Adressierung als Teil dieser, über die sie versuchen, zumindest partiell, Intelligibilität zu erlangen. Die eigene Position wird vor allem dadurch gesichert, dass dargestellt wird, sich aktiv und eigenverantwortlich um eine Verbesserung der *eigenen* Lage zu bemühen – und nicht, indem die *gesellschaftliche* Lage kritisiert wird.

Die empirische Analyse konnte dabei sichtbar machen, dass diese Schwierigkeit einer politischen (kollektiven) Subjektivierung als ›Klassensubjekt‹ eng mit den neoliberalen (Selbst-)Regierungsrationaliitäten von Aktivierung und Normalisierung verbunden ist: Politische Handlungsfähigkeit als ›Klassensubjekt‹ zu erlangen, ist aufgrund der gegenwärtigen ›Ordnung des Prekären‹ erschwert. Dabei scheint es derzeit insbesondere schlecht möglich zu sein, eine Adressierung wie die als ›Proletariat‹ oder ›Maßnahmenteilnehmerin‹ zu resignifizieren. Es sind aktuell im Gegenstandsbereich von Mutterschaft und Erwerbslosigkeit – das tritt im Material zutage – kaum Kontexte der Ermöglichung vorhanden, um sich mit Klasse verbundene Adressierungen aneignen zu können.

Um ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse zu kritisieren, braucht es ein ›Regime der Verständlichkeit‹, in welchem die eigene gesellschaftliche Position als Effekt einer ungerechten Verteilungsordnung verstanden werden kann. Aktuell jedoch überwiegt, hinsichtlich von Adressierungen im Kontext von Klasse, deutlich der benennende und zuweisende Charakter gegenüber den Potenzialen von Rekontextualisierung und Umdeutung. Das ist auch darin begründet, dass innerhalb einer neoliberalen Regierungslogik Erwerbslosen und Empfänger_innen staatlicher Transferleistungen stetig eine unsichere Position ›an der Grenze‹ zugewiesen wird. Mit dieser geht die Notwendigkeit einher, immer wieder aufs Neue zu beweisen, selbst keine Gefahr darzustellen, sondern sich vielmehr der Gefahr durch Eigeninitiative und Aktivität zu entziehen. Es ist vor allem dieser Zusammenhang, der es verunmöglicht, Adressierungen in ermächtigender Weise fehlzunutzen und anzueignen. Denn das Risiko, durch diese Aneignung »in den Bereich des Unsagbaren verbannt zu werden« (Butler 2006a: 218), ist stets präsent und steht immer wieder zur Disposition.

Jenseits des Materials können seit kurzer Zeit allerdings einige Versuche beobachtet werden, Adressierungen im Kontext von Klasse politisch anzueignen beziehungsweise Klasse als *gesellschaftliche* Lage begreifbar zu machen. Beispielhaft kann hier zunächst auf den Hashtag #unten verwiesen werden, der Erfahrungen mit sozialer Abwertung, Angst vor sozialem Abstieg und Vorurteilen bezüglich sozialer Herkunft zu sammeln und sichtbar zu machen suchte. Dieser wurde im November 2018 durch den Journalisten Christian Baron initiiert, der in einem Artikel in der Wochenzeitung »der Freitag« über seine eigenen Erfahrungen mit Diskriminierungen aufgrund seiner sozialen Herkunft berichtete. Baron konstatiert darin:

»Kein Diversity-Konzept ist vollständig ohne die Dimension der sozialen Klasse. Wir müssen über die feinen Unterschiede reden. Und wir müssen über die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich sprechen. Dann entdecken wir vielleicht sogar Gemeinsamkeiten, wo wir sie derzeit nicht vermuten. Denn die Auswirkungen der Klassengesellschaft betreffen Frauen, Männer und Menschen mit Migrationsgeschichte gleichermaßen.« (Baron 2018b)

Das Erscheinen des Artikels wurde durch einen Aufruf auf der Website von »der Freitag« flankiert. In diesem fordert der Autor die Leser_innen dazu auf, ähnliche Erfahrungen in den sozialen Netzwerken zu posten oder die Zeitungsredaktion direkt zu kontaktieren, um Erlebnisse zu teilen. Zusätzlich lädt er dazu ein, sich unter dem Hashtag auf Twitter zu äußern (Baron 2018a).

Nicht nur Baron hat das Thema der eigenen »Klassengeschichte« unlängst aufgegriffen. Auch über seinen Spiegelbestseller »Ein Mann seiner Klasse« (Baron 2020) hinaus, sind in der unmittelbaren Vergangenheit eine Reihe literarischer autobiographischer Thematisierungen von Klasse veröffentlicht worden (am wirkmächtigsten Eribon 2016 [in Frankreich bereits 2009]; Eribon 2017; desweiteren z.B. Dröschner 2018; Stelling 2018; Ohde 2020; sowie die Beiträge der Anthologie Barankow/Baron 2021; in Frankreich zudem bereits zuvor Louis 2015; Ernaux 2017; Ernaux 2018). All diese Bücher erzählen dabei nicht nur einprägsam von Erfahrungen und Erlebnissen im Kontext von Armut und Klasse, sondern stellen zudem auch Überlegungen dahingehend an, warum diese – auch in Bezug auf die eigene Biographieerzählung – oftmals unthematisiert blieben (und bleiben) und wie das eigene Verhältnis zu diesen gestaltet ist. Ein beeindruckendes Beispiel hierfür ist Anke Stellings Roman »Schäffchen im Trockenen« (Stelling 2018), in dem die Protagonistin wütend gegen die Scheinheiligkeit der Mittelklasse anschreibt – und zugleich die Unmöglichkeiten eines »richtigen« Bewusstseins für die »eigene Klassenlage« thematisiert.¹

1 Beispielsweise in einem Abschnitt, in dem die Protagonistin ihre Entscheidung thematisiert, Geld von einem wohlhabenden Freund abzulehnen. Dieser hatte ihr angeboten, den Eigenanteil für den Kauf einer Eigentumswohnung im gemeinsamen Wohnprojekt zu übernehmen. Die Protagonistin begründet die Entscheidung in einem Text, der an ihre Tochter adressiert ist: »Es ist zum Heulen, Bea. Denn genau jetzt wird mir klar, dass ich noch viel tiefer im Morast stecke als geahnt. Wenn ich Klassenbewusstsein gehabt hätte – und zwar nicht nur einen Funken und den damit verbundenen Stolz auf Abgrenzung und kurzfristigen Punktgewinn, sondern ein echtes, tiefgreifendes Bewusstsein dafür, wie die Welt funktioniert und auf welcher Position ich mich in ihr befinde –, dann hätte ich Ingmars Angebot natürlich angenommen. Hätte ihn eiskalt um sein Geld erleichtert und ihm ohne mit der Wimper zu zucken den Clown gemacht. Was interessiert mich, wozu ich ihm diene? Er dient mir, ich besitze die Deutungshoheit! Und eine Eigentumswohnung im Innenstadtbezirk, aus der mich so schnell keiner wieder rauskriegt, egal, ob es ihm noch Spaß macht, sich mit mir zu schmücken, oder er die Lust verloren hat oder sich inzwischen sogar vor mir fürchtet. Mit einem Mal bin ich

Was anhand der erfolgten Auseinandersetzungen in den unterschiedlichen Romanen dabei eindrücklich sichtbar wird, ist einerseits, dass sich gegenwärtig gerade nicht ›einfach so‹ über Klasse sprechen lässt, sondern ein solches Sprechen vielmehr mühsam und schwierig ist: So ist den unterschiedlichen Autor_innen stets das ›Ringens um Worte‹ anzumerken. Andererseits zeigt sich ebenso deutlich, dass das Sprechen über Klasse nicht voraussetzungslos ist, sondern vielmehr maßgeblich von spezifischen Umständen und (Ermöglichungs-)Bedingungen abhängt.

Dabei ist es insbesondere der erfolgte *Klassenwechsel*, der eine Positionierung als ›Klassensubjekt‹ innerhalb der autobiographischen Thematisierungen erst möglich macht. Eribon, Baron, Stelling und viele der anderen Autor_innen beschreiben das eigene Herkunftsmilieu aus der Perspektive als Aufsteiger_innen. Sie betrachten und beurteilen ihr Aufwachsen, die eigene Herkunft oder die gegenwärtige Lage und Einstellung der eigenen Familie immer auch ›aus der Distanz‹ – und damit nicht mehr (ausschließlich) als Teil davon. Die Art und Weise, wie diese Betrachtungen und Beurteilungen ausfallen, unterscheidet sich bei den Autor_innen markant – und umfasst ein großes Spektrum zwischen Verständnis und Skandalisierung. Alle jedoch argumentieren von einem Standpunkt aus, der sich dadurch auszeichnet – wenn auch gebrochen, mit Schwierigkeiten und/oder lediglich partiell –, den *Klassenaufstieg* gemeistert zu haben (siehe zur Bedeutung und Reflexion des ›Aufstiegens‹ im (biographischen) Sprechen über Klasse auch Aumair/Theißl 2020a).

Die Bedeutung des Aufstiegs hinsichtlich der Möglichkeit, über Klasse zu sprechen, spiegelt sich auch im Material wieder. Im Kontext von ›prekärer Mutterschaft‹ verweist sie nunmehr jedoch in eindrücklicher Weise gerade auf die gegenwärtigen Grenzen des Sprechens über Klasse: Denn auch im Material wird (wenn überhaupt) über den eigenen (potenziellen) *Klassenaufstieg* gesprochen, beispielsweise indem auf das eigene (kulturelle oder soziale) Kapital verwiesen wird. Da aber der *Klassenaufstieg*, im Unterschied zu den Thematisierungen innerhalb der angesprochenen Romane und Essays, hier ja gerade (noch) nicht erfolgt ist, muss nunmehr zugleich die ›eigene gegenwärtige Klassenlage‹ wie persönliche ›Klassengeschichte‹ unthematisiert bleiben.

Die Romane und Essays sprechen allesamt – zum Teil auch sehr explizit – an, dass es gerade der (Bildungs-)Aufstieg ist, der (erst) ermöglicht, die Hürden und Probleme der ›eigenen (Herkunfts-)Klassenlage‹ zu benennen und darzustellen. Das ›Bewusstwerden‹ über die eigene Lage wird so als *nachträgliches* Verständnis der Hindernisse und Einschränkungen in Bezug auf den (eigenen) Aufstieg und die diesbezügliche Scham erkennbar. Da ›Klassenzugehörigkeit‹ in einer (neo-)liberalen (Selbst-)Regierungsweise zentral in Bezug auf die Betonung von Verän-

todmüde. Was ich dir hier erzähle, ist einen Scheißdreck wert, mein Kind. Deutungshoheit, dass ich nicht lache –« (Stelling 2018: 76)

derbarkeit und Relationalität konstituiert ist, erscheint ein Bezug auf diese auch nahezu ausschließlich vor dem Hintergrund der Transformation der eigenen Position möglich zu sein. Denn nur dann kann (zumindest partiell) an die (neoliberale) Erzählung – es aus eigener Kraft und trotz aller widrigen Umstände eben doch geschafft zu haben – angeschlossen werden.

Demgegenüber sind Versuche von Aneignungen »jenseits des Aufstiegs« gegenwärtig immer noch kaum zu finden. Nennen lassen sich diesbezüglich wohl vor allem politische Selbstorganisationen von Erwerbslosen wie BASTA! Erwerbsloseninitiative Berlin, die Solidarische Erwerbsloseninitiative Kassel S.E.K. oder der Erwerbslosenverein Tacheles e.V. So begreifen zum Beispiel die Aktivist_innen von BASTA! ihre Initiative als einen »Treffpunkt, ein Lernfeld und eine Antwort auf die Isolierung von Amts wegen«, die durch »Präsenz im Jobcenter-Alltag« versucht, »Leute zu Solidarität anzustiften und zu kollektivem Handeln zu animieren« (Aktivist*innen aus dem BASTA!-Zusammenhang 2020: 59) – und die auch entstanden ist, weil die Aktivist_innen »raus aus der Isolierung und der stigmatisierenden Fremdzuschreibung« wollten (ebd.: 60). Welche Umstände und Bedingungen es im Falle von Erwerbsloseninitiativen wie BASTA! ermöglichen, dass hier trotz allem in aneignender Weise auf Klasse und Erwerbslosigkeit Bezug genommen wird, ist noch unzureichend geklärt und müsste im Rahmen weiterer (empirischer) Forschung untersucht werden.²

-
- 2 Die einzige mir bekannte wissenschaftliche Arbeit zu Erwerbsloseninitiativen der letzten Jahre stammt von Britta Baumgarten (2010). Baumgarten nimmt im Rahmen einer (wissenssoziologischen) Diskursanalyse »die kommunikativen Strategien von Erwerbsloseninitiativen« in den Blick und analysiert, wie diese »auf den Diskurs über Arbeitslosigkeit – und hierbei insbesondere auf die politische Entscheidungsfindung – Einfluss« nehmen (ebd.: 291). Ihr geht es dabei insbesondere darum, »die Ausnutzung der Handlungsmöglichkeiten der Akteure im Diskurs aufzuzeigen« (ebd.). Der Korpus der Untersuchung setzt sich jedoch mit Dokumenten auseinander, die vor Inkrafttreten der Hartz IV Reform zum 1. Januar 2004 veröffentlicht wurden. Den Versuch einer Aktualisierung ihrer Untersuchung in Bezug auf die Ereignisse angesichts der Hartz-Reformen stellt diesbezüglich das ebenfalls 2010 gemeinsam mit Christian Lahusen veröffentlichte »Das Ende des sozialen Friedens? Politik und Protest in Zeiten der Hartz-Reformen« dar. Optimistisch konstatieren die Autor_innen in diesem, dass die Proteste im Hinblick auf die Reformen »die politische Struktur und Kultur Deutschlands nachhaltig beeinflusst« (Lahusen/Baumgarten 2010: 10) haben. Sie hätten so nicht nur dazu geführt, dass »das Problemfeld auf der politischen Tagesordnung ganz nach oben geschoben« wurde, sondern auch »für das Aufbrechen des reformpolitischen Grundkonsenses zwischen den etablierten Parteien und Verbänden« gesorgt (ebd.). Ob diese Beurteilung über zehn Jahre später noch standhalten kann, scheint jedoch fraglich, was sich wohl gerade auch darin äußert, dass seitdem kaum weitere Forschung zu Erwerbsloseninitiativen und -protesten stattgefunden hat (siehe zu aktuellen Ansätzen und Fallstricken von Erwerbslosenkämpfen aus bewegungspolitischer Perspektive aber Eberle 2018; Voigtländer 2015 zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen).

Insgesamt ist zu konstatieren, dass die gegenwärtige politische Durchschlagskraft von aneignenden Bezugnahmen im Kontext von Klasse und Erwerbslosigkeit als (ausgesprochen) begrenzt zu kennzeichnen ist, insbesondere dann, wenn man sie mit solchen im Kontext von Geschlecht und Rassismus vergleicht (siehe aber zu einer Sammlung verschiedener möglicher und/oder existierender Strategien der Organisation Seeck/Theißl 2020). So finden sich zwar in den meisten deutschen Großstädten Erwerbslosenberatungen, der überwiegende Teil von ihnen begreift sich jedoch ausdrücklich nicht als Ort politischer Organisation, sondern als Beratungsstellen beziehungsweise als »Bindeglied zwischen Leistungsempfänger und Leistungsträger« (Erwerbsloseninitiative Leipzig 2021). BASTA!, S.E.K. und Tacheles sind dahingehend eher besondere Ausnahmen.³ Und auch der Hashtag #unten wurde zwar kurzzeitig in den (sozialen) Medien aufgegriffen, konnte jedoch bei Weitem nicht die Reichweite und/oder Wirkungsmacht beispielsweise des Hash-tags #metoo erreichen.

Auch die weiter oben angesprochenen Bezugnahmen auf die Begriffe von Prekarisierung und Prekarität im Rahmen verschiedener Protestaktionen (siehe dazu Kap. 3.3.1), können letztendlich nur bedingt als Erfolgsbeispiele gelungener Resignifizierungen im Kontext von Klasse dienen. Wird gegenwärtig in politischen Kontexten auf Begriffe von Prekarisierung und Prekarität rekurriert, dann weniger als übergreifendes Prinzip, wie es durch Oliver Marchart, Isabell Lorey und Judith Butler angeregt wurde. Wenn eine Bezugnahme erfolgt, dann – und dies erscheint in Bezug auf die Frage der Resignifizierung von entscheidender Bedeutung – als Merkmalsbezeichnung *spezifischer* gesellschaftlicher Gruppen. Dabei sind es vor allem Akademiker_innen, die sich den Begriff des Prekären aneignen, um unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft zu kritisieren, aber kaum diejenigen, die im Anschluss an die 2006 erstmals durch die Friedrich-Ebert-Stiftung als »Abgehängtes Prekariat« (vgl. Müller-Hilmer 2006) bezeichnet sowie innerhalb medialer und gesellschaftlicher Debatten als »Sozialschmarotzer« konstituiert wurden (zur kritischen Einführung in diese Debatten auch Altenhain et al. 2008).

Notwendigkeit einer poststrukturalistischen Blickweise zum Verständnis und zur Kritik der gegenwärtigen Lage

Um eben diese (Un-)Möglichkeiten (kollektiver) politischer Subjektivierung und resignifizierender Aneignung verstehen zu können, ist es bedeutsam, Subjektivierung als Prozess des Gewordenseins zu begreifen – also mithilfe einer poststrukturalistischen Perspektive auf die gegenwärtige Lage zu blicken. So machen die aktuellen (Nicht-)Thematisierungen von Klasse im Material wie darüber hinaus deutlich, dass Subjektwerdung jenseits der Gegenüberstellung von Subjekt und

3 Für eine (kommentierte) Sammlung verschiedener Initiativen, Beratungsstellen und Vereine siehe <https://www.my-sozialberatung.de/adressen>, zuletzt geprüft am 30.11.2021.

Ordnung betrachtet werden muss – nämlich als Prozess, in dem das Individuum erst durch den (wiederholten) Eintritt in die Ordnung eine gesellschaftliche Existenz erlangt. Denn erst wenn ernst genommen wird, dass (prekäre) Subjekte eben nicht sekundär durch gesellschaftliche Verhältnisse unterdrückt, sondern vielmehr erst in ihrem Sein durch diese (re-)produziert werden, wird es möglich zu verstehen, dass die Frage des (Nicht-)Verständnisses der eigenen Position als politisches Subjekt mehr ist, als eine Frage der Bewusstwerdung vorgängiger Gegebenheiten. Da das Subjekt erst durch den Eintritt in die gesellschaftliche Ordnung eine soziale Existenz erlangt sowie dieser Unterordnung leidenschaftlich verhaftet ist, ist eben auch das Verständnis seiner selbst und damit das (Nicht-)Verständnis der eigenen Lage als politische konstitutiv und genuin mit gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden.

Solch eine Perspektive bedeutet auch, dass die verbreitete Vorstellung, es müsse vorrangig um eine *Wiedergewinnung* des ›revolutionären Klassensubjekts‹ gehen, als verkürzt zurückzuweisen ist. Unter anderem im Anschluss an das Erscheinen der deutschen Ausgabe von Didier Eribons »Rückkehr nach Reims« (Eribon 2016) wurde in den vergangenen Jahren in gesellschaftlichen, politischen wie wissenschaftlichen Debatten immer wieder die Forderung laut, dass es angesichts des (erneuten) Erstarkens einer autoritären Rechten nun darum gehen müsse, das ›Klassensubjekt‹ zurückzugewinnen. Ausgangspunkt solcher Forderungen ist dabei oft die Diagnose, »dass die Hinwendung zu rechten Parteien unvermeidlich sei, da sich infolge der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie kein geeigneter Adressat für soziale Anliegen mehr finde« (Dowling/van Dyk/Graefe 2017: 412). Verbunden ist diese Deutung mit dem Vorwurf, »die Linke habe sich zu sehr auf Kämpfe gegen kulturelle Diskriminierung konzentriert und darüber den eigentlich wichtigeren Kampf gegen ökonomische Ausbeutung vergessen« (ebd.: 413).⁴ Ausgehend davon wird die Forderung erhoben, dass es nun an der Zeit sei, sich auf die soziale Frage zurückzubessinnen und die »Revitalisierung eines eigentlichen [also immer schon vorhandenen, P.K.], homogenen Klassensubjekts« (ebd.: 419) in Angriff zu nehmen.

Die Vorstellung, es wäre angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage notwendig, sich endlich wieder den ›wirklich wichtigen Fragen‹ des Klassenkampfes zuzuwenden, die – so der stets damit verbundene Vorwurf – angesichts der Fokussierung auf sogenannte kulturelle Kämpfe von ›Minderheiten‹ (zu denen zumeist auch Frauen gezählt werden) zuletzt aus dem Blick geraten seien, ist aus verschiedenen Gründen fragwürdig. So ignoriert sie beispielsweise den historischen Ursprung von Identitätspolitik in der antikapitalistischen Schwarzen feministischen Bewegung und vergisst, dass eben auch das ›revolutionäre Klassen-

4 Die Autorinnen weisen treffend darauf hin, dass mit ›der Linken‹ hier »von Linksliberalen über (autonome) soziale Bewegungen bis hin zu Poststrukturalist*innen alles gemeint sein kann« (Dowling/van Dyk/Graefe 2017: 412).

subjekt« allzu häufig ein partikulares, nämlich weißes, männliches, gesundes und heterosexuell bestimmtes war und ist (vgl. dazu van Dyk 2019: 27; insgesamt auch Dowling/van Dyk/Graefe 2017; van Dyk/Graefe 2018; einführend zu Identitätspolitik auch Susemichel/Kastner 2018).⁵

Aus einer systematischen Perspektive auf prekäre politische Subjektivierung muss die Vorstellung zudem als zu kurz gegriffen zurückgewiesen werden, da sie ignoriert, dass es gute Gründe gibt, dass diese Subjektposition zu vermeiden versucht wird. Denn eine politische Subjektivierung als ›Klassensubjekt‹ beinhaltet in Anbetracht der gegenwärtigen neoliberalen (Selbst-)Regierungsrationalitäten aktuell fundamental das Risiko der Positionierung ›an der Grenze‹. In welcher Weise sich als (politisches) Subjekt verstanden wird, ist eben nicht nur eine Frage des Bewusstseins über die eigene Lage, sondern grundsätzlicher davon abhängig, was die gegenwärtigen Intelligibilitäts- und Existenzbedingungen von Subjekthaftigkeit sind. Ob man die eigene Position als ›Klassenlage‹ und als Ausdruck einer ungerechten Ordnung versteht oder aber, wie es aktuell nahe liegt, als Ausdruck mangelnder Aktivierung abzuwehren versucht, ist daran gebunden, wie die gegenwärtige ›Ordnung des Prekären‹ gestaltet ist und was der Preis und die Grenze prekärer (politischer) Subjektivierung sind. Das gilt es bei der Frage nach den derzeitigen (Un-)Möglichkeiten eines ›revolutionären Klassensubjekts‹ zu berücksichtigen und nicht lediglich die ›Rückgewinnung‹ eines vermeintlich bereits existierenden Subjekts zu fordern.⁶

Die Suche nach einem »echten«, nicht durch Vielfalteuphorie verwässerten Klassensubjekt« (Dowling/van Dyk/Graefe 2017: 413) basiert vorangig auf der Vorstellung, dass sich Subjekt und Ordnung – Arbeiterklasse und Produktionsverhältnisse – klar gegenüberstehen und dass es deswegen nur darum gehen müsse, ersterem klar zu machen, das zweite problematisch ist, um die Frage der (richtigen) politischen Subjektivierung zu lösen. Solch eine Suche steht für »die Sehnsucht nach einem verloren geglaubten revolutionären (Arbeiter-)Subjekt [...] – einem Subjekt, das zwar in die falsche Richtung läuft, aber dies immerhin aus den richtigen Gründen, und das deshalb von links auch ›nur‹ noch zurückgewonnen werden muss« (ebd.: 419). Sie verkennt allerdings die fundamentale Verschränkung von Subjekt und Ordnung und ist eben deswegen in ihrer analytischen Reichweite begrenzt.

Darüber hinaus ist auch dem Vorwurf zu widersprechen, dass poststrukturalistische Perspektiven in ihrer Verbindung mit ›kulturellen Politiken‹ neuer sozialer Bewegungen jegliche Bemühungen systematischer Analyse der (Produktions-)Verhältnisse verhindern würden und politisch lähmend seien. Bereits 1998 hat Butler

5 Auch Eribon selbst hat sich irritiert in Bezug auf diese Rezeption seines Buchs in Deutschland geäußert (vgl. Eribon 2018).

6 Siehe zur Frage der (Ent-)Subjektivierung als ›Klassensubjekt‹ auch Künstler 2020b.

die Anschuldigung zurückgewiesen, dass solche ›kulturellen Politiken‹ auf »transient events, practices, and objects« fokussieren würden, »rather than offering a more robust, serious and comprehensive vision of the systematic interrelatedness of social and economic conditions« (Butler 1998b: 34). Vielmehr, so argumentiert sie, gehe eine solche Diagnose von einem falschen Verständnis des Verhältnisses von ›kulturellen‹ und ›materiellen‹ Analysen und Politiken aus. Die Vorstellung, poststrukturalistische Perspektiven auf Politiken seien ›merely cultural‹, verkennt dabei nicht nur die Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern blendet auch die vielfältigen Traditionslinien eines ›cultural materialism‹ innerhalb marxistischer Theorie aus:

»And this recourse to an apparently stable distinction between material and cultural life is clearly the resurgence of a theoretical anachronism, one that discounts the contributions to Marxist theory since Althusser's displacement of the base superstructure model, as well as various forms of cultural materialism — for instance, Raymond Williams, Stuart Hall and Gayatri Chakravorty Spivak.« (Ebd.: 36)

Die Betonung einer Verschränkung von Subjekt und Ordnung – und von materiellem und kulturellem Leben mit Politik – ist nicht als Abwendung von, sondern als Versuch der Neuausrichtung kritischer Theoriebildung zu verstehen. Um Fragen politischer Subjektivierung und politischer Praxis beispielsweise in Bezug auf die (Nicht-)Thematisierung von Klasse zu begreifen, ist es vordringlich, die Gewordenheit des (politischen) Subjektseins ernst zu nehmen. Wie in der empirischen Analyse deutlich wurde, ist es eben alles andere als selbstverständlich, dass (prekäre) Subjekte ihre Erfahrungen oder Erlebnisse als kollektive beziehungsweise ihre eigene Identität als politische verstehen. Folglich muss es in Bezug auf eine Analyse und Kritik der gegenwärtigen Lage (auch) darum gehen, die Bedingungen des Möglichen zu betrachten und die Ordnungen des Seins als kontingente und performativ hervorgebrachte zu betrachten – auch um zu verstehen, was der gegenwärtige Preis und die Grenze prekärer (politischer) Subjektivierung sind.

Poststrukturalistische Subjektivierungstheorie und -forschung als genuin politisch

Genau darin liegt der Ansatz einer poststrukturalistischen Subjektivierungsforschung, allerdings nur dann, wenn sie als Theorie zur Analyse und Kritik gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse – also als politisch – begriffen wird. Die Frage der systematischen Verortung des Politischen in der poststrukturalistischen Forschung scheint jedoch gegenwärtig ungeklärt zu sein. So arbeitet Silke van Dyk heraus, dass der Poststrukturalismus im »Zuge seiner akademischen Etablierung [...] viele der politischen Ansprüche eingebüßt [hat], mit denen er in den Anfängen verbunden war« (van Dyk 2016: 325). Zurückzuführen sei dies insbesondere auf

»die implizite – konzeptionell uneingestandene – Normativität poststrukturalistischer Theorien [...], die linke AkademikerInnen für das Paradigma begeistert und die ihrerseits dazu beiträgt, dem Bedarf nach einem kritischen Gestus Genüge zu tun, ohne dass eine kritische (Theorie-)Position ausformuliert bzw. gewagt werden muss« (ebd.: 328f.).

Die Entwicklung poststrukturalistischer Theorien ist untrennbar mit der kritischen Analyse von und der Praxis gegen gesellschaftliche Verhältnisse sowie deren Transformation seit den 1960er Jahren verbunden (vgl. auch zum Folgenden van Dyk 2012: 187f.). Poststrukturalistische Theorien waren von Beginn an Reaktionen auf und Interventionen in gesellschaftliche Bedingungen, Umstände und Kämpfe. Das zeigt sich nicht nur in der Bewegungsnähe und dem aktivistischen Engagement vieler poststrukturalistischer Autor_innen – was sie auch wiederholt in Interviews oder journalistischen Texten explizit hervorheben –, sondern findet zudem Ausdruck in Ansatz, Bezugspunkten und Schlagrichtung der theoretischen Entwürfe (siehe zu den Verbindungen von linker Bewegung und Poststrukturalismus auch Lichtblau 2002).⁷

Offensichtlich ist der Anschluss an linke Theorie und Praxis bei Louis Althusser, dessen Anliegen einer Weiterentwicklung marxistischer Analyse und Strategie sich (nicht nur) in seinen zahlreichen Artikeln zur Lage und zum Ziel der Kommunistischen Partei Frankreichs widerspiegelt, deren Mitglied er lange Zeit war (vgl. exemplarisch, weil besonders eindrücklich Althusser 1976; Althusser 1978).⁸ Ebenso verortet auch Judith Butler diese theoretischen Überlegungen ausdrücklich im Anschluss an emanzipatorische, beispielsweise feministische (Butler 2014 [1991]: 10, 15ff.), queere (Butler 2009a: 325ff.) oder auch kapitalismuskritische (Athanasiou/Butler 2014: 61ff.) Bewegungen und Kämpfe. Auch Michel Foucaults Beschäftigung mit Macht, Wissen und Subjekt, ebenso wie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Auseinandersetzung mit Hegemonie und Artikulationen lassen sich nur vor dem Hintergrund linker Theorie und Praxis und als (Neu-)Entwürfe dieser verstehen. Das verbindende Anliegen aller dieser Autor_innen liegt darin, (andere) Antworten auf die Analyse der gesellschaftlichen Lage zu finden und politische Strategien

7 In Bezug auf das Verhältnis von politischer Praxis und Theorie der Linken angesichts der Protestbewegungen um 1968 kurz aber prägnant auch Engelmann (2019) in seinem Vorwort zu Jean-François Lyotards »Das postmoderne Wissen«.

8 Wie Martin Saar herausarbeitet, nimmt Althusser das Werk hinsichtlich des Poststrukturalismus theoriegeschichtlich insgesamt eine »ambivalente Scharnierstelle« ein, steht es doch »einerseits noch ganz im Kontext der diversen neomarxistischen Theorien des 20. Jahrhunderts, die eine neue Lesart des Marx'schen Textes etablieren und in eine wissenschaftliche Form bringen wollen; zugleich führt es an die Grenzen dieser Theorietradition und schlägt theoretische ›postmarxistische‹ Operationen vor, die seither zum Kernbestand poststrukturalistischen Denkens gehören« (Saar 2013b: 195f.).

der Veränderung zu entwickeln, (auch) um in gesellschaftliche Bedingungen wie politische Bewegungen zu intervenieren.

Der Versuch, mithilfe des Konzepts der Anrufung die unauflösbare Einbettung des Subjekts in Macht- und Differenzordnungen zu erklären und die (Un-)Möglichkeiten seines Seins in spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen auszuloten, muss als Ausdruck dieses Anliegens verstanden werden. So steht Althusser's Konzept der Interpellation explizit im Kontext seiner Auseinandersetzung mit der Theorie von Basis und Überbau und zielt auf eine Weiterentwicklung des marxistischen Ideologie-Konzepts. Den Fluchtpunkt von Althusser's Überlegungen zur Konstitution des Subjekts bildet die Beschäftigung mit der Frage, warum sich die gesellschaftlichen (kapitalistischen) Verhältnisse immer wieder reproduzieren und die große Mehrzahl von ›guten Subjekten‹ von selbst – also nur aufgrund von Ideologie – funktioniert (vgl. Althusser 2010 [1969]: 97, siehe auch Kap. 2.1.1).⁹

Butlers weitere Ausarbeitung des Interpellationskonzeptes zielt im Kern auf die Frage danach, was gegenwärtig Preis und Grenze der Subjekt-Bildung sind sowie auf eine Betrachtung der (Un-)Möglichkeiten performativer Politik und Handlungsfähigkeit. Indem sie die Notwendigkeit der Wiederholung, das darin stets enthaltene Veränderungspotenzial sowie die leidenschaftliche Verhaftung an die eigene Unterwerfung betont, lotet Butler zugleich die Bedingungen der Möglichkeiten von (unterschiedlicher) Subjektivierung innerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse aus. Wie Althusser stellt Butler dabei heraus, dass die intelligible Existenz als Subjekt konstitutiv mit der Unter- und Einordnung in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse verbunden ist. Nachdrücklich betont sie, dass die Frage danach, wer eigentlich (nicht) zum Subjekt werden kann, eine zutiefst politische Frage ist, wobei die

»Konzeption von Politik, die hier zum Tragen kommt, [...] wesentlich an der Frage nach dem Überleben interessiert [ist], daran, wie eine Welt geschaffen werden kann, in der diejenigen, die ihre Geschlechtsidentität und ihr Begehren [oder allgemeiner gesprochen: ihr Sein, P.K.] als nicht normenkonform verstehen, nicht

9 Dazu, dass es Althusser auch um die Kritik und Neubetrachtung des ›revolutionären Subjekts‹ geht, siehe beispielsweise auch Althusser 1976: »One thing is certain: one cannot *begin* with man, because that would be to begin with a bourgeois idea of ›man‹, and because the idea of *beginning* with man, in other words the idea of an absolute point of departure (= of an ›essence‹) belongs to bourgeois philosophy. This idea of ›man‹ as a starting-point, an absolute point of departure, is the basis of all bourgeois ideology; it is the soul of the great Classical Political Economy itself. ›Man‹ is a myth of bourgeois ideology: Marxism-Leninism cannot *start* from ›man‹.« (Ebd.: 52, Herv. i.O.) Inwieweit Althusser sich dabei (dennoch nicht) endgültig vom ›revolutionären Klassensubjekt‹ verabschiedet, muss jedoch ausführlicher und in Bezug auf unterschiedliche Werkperioden betrachtet werden (weiterführend dazu bspw. Bargu 2019).

nur ohne Gewaltandrohungen der Außenwelt leben und gedeihen können, sondern auch ohne das allgegenwärtige Gefühl ihrer eigenen Unwirklichkeit, das zum Suizid oder zu einem suizidalen Leben führen kann. Letztlich würde ich fragen, welchen Ort das Denken des Möglichen in der politischen Theoriebildung hat. [...] Einen normativen Anspruch gibt es hier jedoch durchaus, und der hat mit der Fähigkeit zu tun, leben, atmen und sich bewegen zu können, und würde zweifellos bei dem einzuordnen sein, was man gemeinhin eine Philosophie der Freiheit nennt. Der Gedanke an ein mögliches Leben ist nur für diejenigen ein Luxus, die bereits selber wissen, dass es möglich ist. Für diejenigen, die weiter darauf hoffen, möglich zu werden, ist die Möglichkeit eine Notwendigkeit.« (Butler 2009a: 347f.)¹⁰

Wenn Subjekte überhaupt erst durch gesellschaftliche Normen Intelligibilität erlangen, dann ist die Frage, wie sich diese Normen ausgestalten, nicht nur existenziell, sondern impliziert immer auch den Anspruch darüber nachzudenken, wie und welche anderen Leben möglich wären. Poststrukturalistische Subjektivierungstheorie und -forschung ist in diesem Sinne genuin politisch, wenn sie Subjektivierung tatsächlich als performative Prozesse der Sicherung und Verwerfung versteht – also als solche, in denen sich gesellschaftliche Ordnung (re-)produziert und somit Subjekte in unterschiedlicher Weise innerhalb dieser positioniert werden.

Unabdingbar ist es dafür, (Un-)Möglichwerden nicht als einmaligen Akt zu verstehen, sondern die Gewordenheit des Subjekts als performativen Prozess der Grenzziehung ernst zu nehmen und auch empirisch zu betrachten. Verworfenheit darf nicht als Zustand gedacht, sondern Verwerfung muss als Verhältnissetzung von Intelligiblem und Unintelligiblem verstanden werden, wobei diese Verhältnissetzung genau in ihrer Relationalität für die Subjektwerdung konstitutiv ist. In welcher Weise diese Verhältnissetzungen erfolgen und wer in welcher Weise (nicht) zum Subjekt wird, ist Ausdruck der gegenwärtigen Realisierung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Darüber, wie das Intelligible durch die Verwerfung immer erst hergestellt wird, kann untersucht werden, was aktuell der Preis ist, um zum Subjekt zu werden. Deswegen muss es poststrukturalistischer Subjektivierungsforschung darum gehen, empirisch wie systematisch nach den Kontexten und Umständen von immer bereits und niemals vollkommen widerständigen Subjekt-Bildungen und (Un-)Möglichkeitsbedingungen von Kritik zu fragen.

10 Auch Ernesto Laclau beschäftigt sich intensiv mit der Frage des Verhältnisses von Politik und Subjekt. Subjekte stellen für Laclau nicht nur das Resultat eines sie in eine Subjektposition einsetzenden Diskurses oder ideologischen Staatsapparats dar, sondern verkörpern auch das Scheitern subjektivierender Anrufungen. Das bedeutet zugleich, dass »any subject is, by definition, political« (Laclau 1990: 61; vgl. auch Hetzel 2017).

Daraus folgt allerdings auch, dass sich das Anliegen einer poststrukturalistischen Subjektivierungsforschung nicht darauf beschränken kann, (immer wieder erneut) nachzuweisen, dass das Subjekt handlungsfähig und die Ordnung brüchig ist. Vielmehr muss es darum gehen, (auch) die Trägheit und Kontingenz gesellschaftlicher Ordnung in den Analysen angemessen zu berücksichtigen – da niemand einfach ›zum Subjekt‹ wird, sondern sich Subjektwerdung stets als spezifische in eine (ungerechte) gesellschaftliche Ordnung vollzieht. Deswegen ist der Anrufungsprozess auch nicht nur als »theoretische Szene« (Althusser 2010 [1969]: 88) zu begreifen, sondern als ein heuristisches Modell der empirischen Untersuchung. ›Kämpfe ums Möglichwerden‹ müssen ›in actu‹ untersucht und die *verschiedenen* Umgangsweisen mit gefährlichen Adressierungen tatsächlich ausbuchstabiert werden. Denn gerade in der konkreten, materialbasierten Betrachtung der Frage, wer in welcher Weise (nicht) zum Subjekt wird, und in der Untersuchung von Grenzziehungsprozessen des Intelligiblen, kommt zum Vorschein, welche Ausschlüsse und welche soziale Ungleichheit zu einem gegebenen Zeitpunkt als (il-)legitim angesehen werden.

In manchen Subjektivierungsprozessen ist die Gefahr der Verwerfung dauerhaft präsenter als in anderen. Die Gefahr, nicht zum Subjekt zu werden und der Preis, es doch zu werden, unterscheiden sich in Bezug auf verschiedene Existenzweisen und führen zu unterschiedlich prekären Subjektpositionen. Poststrukturalistischer Subjektivierungsforschung sollte es deswegen darum gehen, die Matrizen zu betrachten, innerhalb derer sich Subjekt und Struktur in spezifischer Weise bilden – wie also Prekärsein und Prekarität in einer Ordnung gouvernementaler Prekarisierung ins Verhältnis gesetzt sind. Da so die scheinbare Selbstverständlichkeit der (Un-)Möglichkeiten spezifischer Seinsweisen infrage gestellt wird, kann sie genau damit einen Beitrag zur Analyse und Kritik gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse leisten.

(Un-)Möglichkeiten und Anforderungen poststrukturalistischer Kritik

Es ist eben diese Infragestellung scheinbarer Selbstverständlichkeit – das Anliegen der »Problematisierung von Universalität, Stabilität und Befreiungsemphase« (van Dyk 2016: 325) – die den zentralen Einsatz und das Potenzial poststrukturalistischer Kritik ausmacht. Denn es geht darum, »Kritik aufs neue zu denken in einer Zeit, in der die Subversion der Ordnung ein wesentlicher Teil ihrer Optimierung geworden ist« (Masschelein 2003: 139). Die (radikale) Anzweiflung scheinbarer Gewissheiten ermöglicht es aufzuzeigen, dass die Welt nicht zwangsläufig oder notwendigerweise so ist, wie sie ist, sondern ihre Ordnung kontingent ist und dementsprechend anders sein könnte – und müsste. Der Einsatzpunkt einer poststrukturalistischen Theorie als kritischer ›Ontologie der Gegenwart‹ (Foucault 2005) begründet sich darin, »die Gegebenheiten der gegenwärtigen Wahrheits- und Wissensprodukti-

on sichtbar zu machen und dadurch möglicherweise eine Verschiebung einzuleiten« (Thompson 2004: 52; zur Genealogie als Kritik einführend insbesondere auch Saar 2007). Für die Betrachtung sozialer Ungleichheitsverhältnisse bedeutet das, Macht-, Herrschafts- und Klassenverhältnisse auch *in ihrer Hervorbringung* zu betrachten (vgl. Thompson 2013a: 201).

Dabei muss die Infragestellung jedoch zugleich mit Überlegungen danach verbunden sein, auf welche anderen Weisen des Seins zu hoffen ist. Denn eine »Hal-tung, die dieses Risiko scheut, die nicht bereit ist, die Subversion und die Kritik im Sinne einer positiven Ordnung weiterzudenken, hat den Vorsichtsimperativ poststrukturalistischen Denkens gründlich missverstanden und bleibt letztlich entpolitisierter Spuk« (van Dyk 2016: 341). Der Ansatz poststrukturalistischer Theorie zeichnet sich in zentraler Weise dadurch aus, herausgearbeitet zu haben, dass die (vermeintlichen) Fluchtpunkte kritischer Gesellschaftsanalyse, wie Freiheit oder Autonomie, selbst in Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstrickt sind. Das darf jedoch nicht mit der »Affirmation von Dynamik qua Gleich-Gültigkeit der Ansprüche« einhergehen (ebd.: 327; siehe insgesamt auch van Dyk 2012).

Die Erkenntnis, dass es nicht mehr möglich ist, sich auf absolute und zweifelsfreie Prinzipien und Imperative einer besseren Gesellschaft zu beziehen, bedeutet nicht, den Anspruch aufzugeben, Visionen einer solchen – provisorisch und anfechtbar – zu formulieren. Das Anliegen, darüber nachzudenken, welche anderen Weisen des Seins und der Welt möglich sein könnten, kann nicht einfach ad acta gelegt werden. Poststrukturalistische Theorien haben aufgezeigt, dass es keine letzten Gründe und Ziele geben kann und plädieren gerade deshalb für die Notwendigkeit des (paradoxen) Horizonts von Emanzipationen. Dass es keine totale und endgültige Emanzipation geben kann, macht es notwendig, ihre Realisierung anzustreben, denn es ist gerade das »Bewusstsein der finalen Unmöglichkeit« (van Dyk 2012: 208), dass dazu verpflichtet, sich auf den Weg der (partiellen) Verwirklichung zu machen (vgl. ebd.; auch Laclau 2013; Marchart 2013b).¹¹ In diesem Sinne entsprechen

11 Auch wenn konstitutiv unklar ist, wie diese »bessere Gesellschaft« genau aussehen kann, ist es dabei sehr wohl möglich, emanzipatorische von reaktionären Entwürfen abzugrenzen: Es »lassen sich aber dennoch emanzipatorische und regressive politische Bewegungen unterscheiden – und zwar mithilfe der reflexiven Struktur der Befragung und einer davon ihren Ausgang nehmenden Analyse der Weisen des Befragens: Politische Bewegungen, die sich selbst schließen, die auf selbst nicht befragbare, weil fundierende und fundamentalistische Vorstellungen setzen, lassen sich nämlich einer wirkungsvollen Dekonstruktion unterziehen [...]. Die demokratisch-politische Subjektivierung der Anteillosen zielt nämlich nicht darauf, jemanden auszuschließen, also exklusiv anders zu zählen, sondern auf neue inklusive Zählungsverfahren, wobei die Idee ebenso wie die konkreten Arten der Zählung immer wieder neuen Befragungen und Revisionen ausgesetzt bleiben.« (Flügel-Martinsen 2017: 255f.)

»Revolutionäre Praktiken [...] keinen einfach aus der Vergangenheit kommenden, keinen übernommenen und überkommenen Strategien und Taktiken. Widerstand in der Gegenwart entfaltet seine Kraft in dem, was Machtbeziehungen entgeht, was sie flieht. Es sind Kämpfe, die sich nicht am Recht und an den Repräsentationen orientieren, als käme die Macht einfach nur ›von oben‹. Es sind Kämpfe, die – wie die Macht – ›von unten‹ kommen. Ereignisse, keine Kontinuitäten; sie entstehen in Körpern, in den Subjektivierungen.« (Lorey 2017b: 174)

Judith Butler und Isabell Lorey haben in ihren Schriften zu Prekarität, Subjektivierung und Regierung herausgearbeitet, dass das geteilte Prekärsein immer bereits in eine ›Ordnung des Prekären‹ eingelassen, durch diese systematisiert ist und mit produktiven (Selbst-)Regierungsweisen einhergeht. Die Frage, welche Leben als betrauernswert erachtet werden und für welche Leben (gesellschaftliche) Anstrengungen unternommen werden, sie zu schützen, ist Ausdruck, Abbild und Effekt aktueller Macht- und Herrschaftsverhältnisse – und schlägt sich in (prekären) Subjektivierungsweisen nieder. Deswegen muss es darum gehen, Kämpfe zu führen und Strategien zu entwickeln, die es ermöglichen, sich der gegenwärtigen ›Ordnung des Prekären‹ zu entziehen, die andere Angebote machen, das eigene Prekärsein zu verstehen und die daran anschließend andere Formen der (gesellschaftlichen) Ordnung einfordern. Das bedeutet nicht, erneut Freiheit oder Autonomie des Subjekts zu fordern, sondern vielmehr Vulnerabilität und Abhängigkeit in anderer Weise thematisierbar zu machen und für eine »egalitäre gesellschaftliche und politische Ordnung, in der eine lebbare Interdependenz möglich wird« (Butler 2016a: 95, vgl. auch Kap. 3.2.2) zu kämpfen:

»Wenn ich für Autonomie kämpfe, müßte ich dann nicht auch für etwas anderes kämpfen? Für eine Vorstellung meiner selbst als unweigerlich in Gemeinschaft eingebunden, als von anderen beeinflusst und umgekehrt auch andere beeinflussend, und dies in Formen, die ich nicht vollständig steuern oder klar vorhersagen kann?« (Butler 2005: 44)

Anschließend an die weiter oben angerissene Analyse der Umstände, die es momentan erschweren, eine politische Position als ›Klassensubjekt‹ einzunehmen, muss es darum gehen zu fragen, *wie* es möglich wird, sich *anders* zu verstehen und die eigene prekäre Situation als gesellschaftliche zu begreifen. Also wie eine »soziale Revolution, eine in den Köpfen, den Lebensweisen, den Wissensformen« (Lorey 2017b: 189) denk- und realisierbar wird. Möglichkeiten dafür scheinen im Material durchaus an einzelnen Stellen auf: Nämlich dann, wenn es insbesondere das Eingeständnis der eigenen Verletzlichkeit ist, das zum Ausgangspunkt der Kritik (beispielsweise) des Jobcenters wird. Es zeigt sich dabei, dass es gerade auch die eigene und/oder geteilte *prekäre* Positionierung ermöglichen kann, Unterstützung beziehungsweise einen anderen Umgang zu fordern. Zum Beispiel, wenn sich eine

Interviewte explizit als frisch geschieden sowie (deswegen) als besonders vulnerabel positioniert und daran anschließend ›echtes Interesse‹ vom Jobcenter einfordert oder wenn zum Thema gemacht wird, dass die gesellschaftlichen Anforderungen an Mütter prinzipiell unerreichbar und deswegen zu kritisieren sind (vgl. zum Beispiel Kap. 5.2.2 und Kap. 5.3.2).

Notwendig ist es, die Gewordenheit und Verstrickung des Subjekts in Macht- und Herrschaftsverhältnisse – in Bezug auf die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse, aber auch im Hinblick auf die Entwicklung von Veränderungsstrategien – ins Zentrum zu rücken. Das revolutionäre ›Klassensubjekt‹ oder Subjekt ›der Frauen‹ kann nicht wiedergewonnen werden.¹² Allerdings ist es sehr wohl möglich – und notwendig – danach zu fragen, wie Umstände zu erreichen sind, die es erlauben, sich als (eingebundenes und verbundenes) Subjekt innerhalb ungerechter – weil kapitalistischer, sexistischer, rassistischer – Verhältnisse zu verstehen: Wie wird es möglich, sich anders zu den Ermöglichungsbedingungen des eigenen Seins in Bezug zu setzen und (auch kollektiv) für deren Veränderung zu kämpfen?

12 Und dies sollte auch deswegen nicht das Ziel sein, weil es nunmehr erst durch die Abkehr von der Vorstellung, man könne ›die Unterdrückten‹ lediglich zum Sprechen bringen, möglich wird, nicht immer wieder aufs Neue die Abwehr und Verwerfungen, die solch eine Perspektive mit sich bringt, zu wiederholen. So gelingt innerhalb des Materials die Bezugnahme auf ein Kollektivsubjekt des ›wir Frauen‹ gerade mithilfe der Naturalisierung von Geschlecht (vgl. auch Kap. 3.3.1). Darin, dass eine Politik ›im Namen von‹ in Bezug auf Klasse gegenwärtig nur schwer möglich ist, liegt dementsprechend auch eine zentrale Chance, nämlich mehr über solche Politiken nachzudenken, die nicht in gleichem Maße erneut (gewaltvolle) Ausschlüsse (re-)produzieren.